

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 254.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger für das Erzgebirge entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeiger Nr. 254.

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 254

Donnerstag, den 30. Oktober 1924

19. Jahrgang

Das Preisproblem als Währungsgrundlage.

Schachts währungsrechtliche Pläne.

Berlin, 28. Okt. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank, der ersten nach der Preisgestaltung, erklärte Reichsbankpräsident Dr. Schacht zur währungsrechtlichen Lage folgendes:

Mit dem Inkrafttreten des Bankgesetzes und der Durchführung der großen Umwälze sind die Maßnahmen für die deutsche Währungsreform vorerst abgeschlossen.

Die Rentenmark hat ihre Aufgabe als Brücke zur Währungsreform erfüllt. Jetzt muß die deutsche Wirtschaft dauernd aktiv gemacht werden. Größte Sparsamkeit und Verbilligung der Produktion sind hierfür Bedingung. Dadurch gewinnt das Preisproblem die währungsrechtliche Bedeutung.

Die Bereitwilligkeit des Auslandes zur Kreditgewährung an Deutschland wird gefördert durch das systemlose Hinterlaufen hinter dem ausländischen Kapital seitens eines Heeres von unberufenen Vermittlern, ferner dadurch, daß ausländische Kredite nicht nur für wirklich produktive Zwecke gesucht werden, sondern auch von öffentlichen Körperschaften, die im Interesse der deutschen Wirtschaft besser auf die Verwendung ausländischer Gelder verzichtet sollten. Ich halte es für dringend erforderlich, daß zentral geleitete Maßnahmen ergriffen werden, um die Verschwendung öffentlicher Körperschaften, insbesondere an das Ausland, unter einer wirksamen Kontrolle zu nehmen und begrüße den von Preußen in dieser Hinsicht gemachten Anfang. Eine solche Kontrolle ist umso wichtiger, als schon jetzt die Kommunen die Wirtschaft in einem Ausmaß belasten, das dringend der Minderung bedarf. Wenn diese Belastung Kommunen in den Stand setzt, auf eigene Faust Schuldenerhebung vorzunehmen, die das Reich als Ganzes sich unter dem Zwang der Not versagen muß, so liegt dies, wie sehr eine solche finanzpolitische Organisation, verbunden mit der Ueberlastung der Wirtschaft, der Abstellung bedarf.

Die Reichsbank ist bei ihren Bemühungen zur Herstellung der Liquidität nirgends auf bösen Willen gestoßen. Dagegen besteht auf dem Gebiete des Bank- und Kreditwesens heute noch eine Ueberproduktion, die leider der Herabdrückung der Liquidität entgegenwirkt. Das Kreditvermittlungsgeschäft der großen Mehrzahl der Sparkassen bewirkt eine Verteuerung der Liquidität und Provisionen, die für die Wirtschaftslage unerträglich ist.

Es wird Aufgabe der gesetzgebenden Faktoren sein, die heutigen Kapitalersparnisse, die sich unter besonders beherrschender Schutz oder beherrschender Kontrolle befinden, in ihrer richtigen Verwendung zu beeinflussen, wie dies vor dem Kriege durchweg der Fall war. Dies gilt insbesondere von Sparkassen- und Versicherungsgeldern, sowie von Geldern öffentlicher Kassen, die in mündel-sicheren, langfristigen, hypothekarischen Anleihen, insbesondere für die von Hypothekarkrediten nahezu ausschließlich Landwirtschaft verwendet werden müssen.

In einem verarmten Lande ist es unmöglich, durch gegenseitige hohe Zins- und Provisionbelastung in kurzer Frist das Verlorene wieder zu gewinnen, es bedarf vielmehr einer langen systematischen Arbeit, um durch eine internationale, leistungsfähige Produktion das Nationalkapital allmählich wieder auszubauen.

Hamburg, 27. Okt. Im Rahmen eines Vortragsglusses über die Auswirkung des Rarvesplanes des Hebersekretärs Hamburg sprach heute im großen Saale des Hotels Atlantic Reichsfinanzminister Dr. Luther über „Die finanzielle Lage Deutschlands nach dem Dawes-Abkommen“. Der Redner beschränkte sich darauf, aus dem vielgestaltigen und unstrukturierten Fragenkomplex des Londoner Abkommens die Art der Zahlungsabwicklung und das Uebertragungsproblem eingehend zu erörtern. Schon der Weg von Versailles nach London, von der rein politischen zur wirtschaftlichen Einstellung und zur Erkenntnis, daß die Transferierungsfrage die Zukunft entscheidend beherrschen dürfte, beweist, daß jede Zahlungsabwicklung zu dem Abkommen und seinen Auswirkungen von der Anschauung ausgehen habe, daß es sich um Dinge handelt, die durchaus dem Fluß und der dauernden Entwicklung unterworfen seien. Unsere Aufgabe wird es sein, die übernommenen Verpflichtungen so zu erfüllen, daß der Strom der Entwicklung in für uns günstige Bahnen gelenkt wird. Angesichts der Schwere der uns auferlegten Bedingungen läßt sich mit Gewißheit nur das Eine sagen, daß eine Erfüllung auf keinen Fall Erfolg hat, wenn Deutschland nicht wieder in die freie Weltwirtschaft eingegliedert wird. Die Herabsetzung nach freier Wirtschaft und Beschränkung aller Kredite auf das absolut notwendige, d. h. geschäftlich bedingte Maß, getragen von starrer Arbeit und Sparsamkeit, sei besonders heute zu erheben, da die Reichstagsauflösung die Entwicklung um Monate zurückgeworfen haben dürfte.

Raynaldy über das deutsch-französische Abkommen.

Paris, 28. Okt. Bei einer Veranstaltung des republikanischen Komitees für Handel, Industrie und Landwirtschaft sprach sich Handelsminister Raynaldy über die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich aus, er erklärte, der militärische Frieden werde niemals eine Bedeutung haben, wenn er nicht durch wirtschaftliche Abkommen unterstützt werde. Die Abkommen, die Frankreich schon abgeschlossen habe, seien nur eine Stappe. So habe man gestern mit Polen abgeschlossen. Dieses Abkommen werde heute unterzeichnet werden. Auch mit Portugal seien im Verlaufe dieser Woche Verhandlungen angesetzt. Das deutsch-französische Abkommen aber beherrsche alles. Er habe die gute Hoffnung, daß man es zustande bringen werde.

Die Anerkennung Moskaus durch Frankreich.

Paris, 28. Okt. Die Note, die die Anerkennung der Sowjetregierung de jure enthält, ist heute morgen von Herrlot nach seiner Rückkehr aus Moskau unterzeichnet worden und ist nachmittags nach Moskau abgegangen. Herrlot ist heute morgen 8.30 Uhr auf dem Sponner Bahnhof in Paris angekommen und vom Minister des Innern empfangen worden.

Die Ernährungsminister bei dem Reichsverband der Hausfrauenvereine.

In einer Versammlung des Reichsverbandes deutscher Hausfrauenvereine im Reichswirtschaftsrat nahm der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Graf Ranitz das Wort und führte u. a. aus: Die Ernährungslage ist zweifellos recht unerfreulich, und besonders fällt dabei ins Gewicht, daß die Preise in der letzten Zeit für einen großen Teil der Lebensmittel beträchtlich angehoben haben. Er müsse aber doch sagen, daß die gesamte Ernährungslage wesentlich besser sei, als sie vor einem Jahre bei Eintritt seines Amtes gewesen wäre. Die ungünstigen Preisverhältnisse liegen in erster Linie mit einer allgemeinen Erhöhung der Weltmarktpreise für Getreide, aber auch für andere Lebensmittel zusammen. Im ganzen gäbe die Ernährungslage zu Befürchtungen keinen Anlaß. Die in letzter Zeit über die Ernte und dergleichen vernommenen Ungünstigkeiten wären nur geeignet, unnötige Beunruhigung und ein Steigen der Preise herbeizuführen. Er habe daher dringend, daß die Hausfrauen sich von derartigen Nachrichten nicht beeinflussen lassen. Die Reichsregierung würde alles tun, um Preissteigerungen, die unvermeidlich seien, wirksam entgegenzutreten. Sie könne aber nicht verhindern, daß bei steigenden Preisen der Rohprodukte infolge der Weltmarktlage auch die Kleinhandelspreise der Lebensmittel sich erhöhen. — Von der Preisverbilligungsbank, wie sie die Reichsregierung schon mehrmals angekündigt hat, sagt der Herr Minister kein Wort. Das ist sehr bescheidend.

Ludendorff und der „Frontbann“.

München, 28. Okt. Das Verfahren gegen die Mitglieder des „Frontbannes“ wegen Geheimhandels ist nunmehr nach Auflösung des Reichstages auch auf den früheren Abgeordneten Ludendorff sowie auf Hauptmann Kuhn und Hauptmann Weiß, den Chefredakteur des „Völkischen Kuriers“, ausgedehnt worden. Die verhafteten v. Krauser, Seidel, Prosch und Dr. Schramm sind nach neuerlicher Vernehmung gefesselt entlassen worden.

Der Einzug der Republik in Potsdam.

Als die Stadt Potsdam an dem herrlichsten Sonntag, den dieser lange schöne Herbst uns beschert hat, aufwachte, bekam es etwas zu sehen, was sogar diese Stadt, die doch an Umwälze und Festlichkeiten gewöhnt ist, dennoch in Erstaunen versetzte. Sechs Jahre nach der Gründung der deutschen Republik hielt am Sonntag der neue Staat seinen Einzug bei den Potsdamern, die bisher nur Sonnenwendfeiern und Kriegerereignis-Tanzbegnügungen sowie schwarz-weiß-rote Fahnenweihen kennen gelernt hatten.

Der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, diese in wenigen Monaten aus dem Boden gestampfte Schutzorganisation der deutschen Republik, zog am Sonntag, zehn-tausend Mann stark, in einem von uns am Montag veröffentlichten Bericht des Wolff-Büros wurde abgehandelt von „mehreren“ Tausend gestrohen. Red. mit dreihundert schwarz-rot-goldenen Mannern und Frauen in Potsdam ein, weichte auf dem riesigen Wasserplatz in der Mitte der Stadt das neue Banner der Ortsgruppe Potsdam ein und zog dann mit Musik durch die Hauptstraßen der Stadt aus Potsdam wieder fort. Zu Tausenden nahm die Potsdamer Bürgerschaft, rings um den Wasserplatz stehend, an der Feierlichkeit teil. Hunderte von Potsdamer Kindern schlangen kleine schwarz-rot-goldene Fähnchen in der Hand und ließen sie

Deutschnationaler Täuschungsversuch.

Das Hamburger Wahlergebnis, das den Deutschnationalen einen starken Stimmenverlust gebracht hat, ist der deutschnationalen Presse gewaltig in die Glieder gefahren. Soweit sie es nicht ist, wie z. B. die „Deutsche Tageszeitung“, gibt sie den Verlust unumwunden zu. Ein anderer Teil der deutschnationalen Presse bringt es fertig, seinen Lesern von dem Wahlausfall in Hamburg eine Darstellung zu geben, die einfach als schamlos bezeichnet werden muß. Der „Tag“ überschreibt das Hamburger Wahlergebnis mit der fetten Ueberschrift „Niederlage des Völkischen in Hamburg“ und schreibt, die Linke habe „eine schwere Niederlage“ erlitten und sie suche „in selbstbetrügerischer Freiheit die entscheidende Niederlage des Völkischen in einen völligen Zusammenbruch der völkischen Bewegung umzuformen.“ Davon, daß der Zusammenbruch tatsächlich erfolgt ist, daß die Deutschnationalen mehr als ein Viertel ihrer Wähler, die Völkischen 84 Prozent verloren haben, spricht dieses Blatt mit keiner Silbe, und die Leser des „Tag“ werden glatt betrogen, durch „singernde“ Falschspieler hinter das Licht geführt. Der „Tag“ und Blätter gleichen Kalibers halten ihre Leser vermutlich für so bumm, daß sie den Betrug nicht durchschauen werden, und die Frage, ob sie darin recht haben, geht uns nichts an. Aber wer zu solchen Täuschungsmitteln greift, hat vor den Wahlen des 7. Dezember offenbar eine namenlose Angst, die einzelne deutschnationale Blätter, die an gleichen Schwindelfällen leiden wie der „Tag“ durch gemeines Herunterreißen der Demokraten zu betäuben suchen.

Selbst die bundesbrüderliche völkische „Zeit“ nennt das Hamburger Wahlergebnis „ein Renetrefel, das eine Abkehr der Wähler nicht nur von den Deutschnationalen, sondern auch von den Deutschnationalen erkennen läßt.“ Und mit diesen Deutschnationalen will die Völkische in denselben Augenblick sich verbinden, wo sich eine Abkehr der Wähler von ihnen vollzieht? Oder sollte dieses Hamburger Wahlergebnis die Völkische doch vielleicht schon auf andere Gedanken bringen?

Verkündung der Reparationskommission

„Die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands wiederhergestellt.“

Paris, 28. Oktober. Gemäß dem Artikel 3 des Anhangs 3 zum Londoner Protokoll haben die französische und belgische Regierung die Reparationskommission davon in Kenntnis gesetzt, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit des Deutschen Reiches wiederhergestellt ist. Diese Restitutionsurkunde ist in dem vorgeschriebenen Zeitraum von 14 Tagen nach der zweiten Feststellung, die am 13. Oktober Ratifiziert, erfolgt. Die Reparationskommission hat darauf heute nachmittags eine Sitzung abgehalten, um zu verhandeln, daß das Protokoll für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit des Reiches vollkommen zur Ausführung gelangt ist.

Die letzten Regiegeden zurückgegeben.

Gelsenkirchen, 28. Oktober. Heute nach punkt 12 Uhr ist die Uebernahme der letzten drei Hefen, die noch von der französischen Regie betrieben wurden, durchgeführt worden. Es war dies der letzte Termin, der gemäß Anlage 3 des Londoner Abkommens in Betracht kam, demzufolge die Räumung der Betriebe 11 Tage nach der zweiten Feststellung der Reparationskommission zu erfolgen hatte. Die deutschen Direktoren, die bei der Uebernahme der Hefen durch die Franzosen ihres Amtes enthoben und teilweise ausgewiesen wurden, sind auf ihre Posten zurückgekehrt. Da die Hefen nunmehr dem vollständigen Rohlenyndikat angegliedert werden und die bereits hohe Abfahrgelder nicht ausreichten werden können, werden durch diese Uebernahme etwa 6700 Mann der Erwerbslosenfürsorge anheimzufallen.

Der Abzug der Besatzung aus Remscheid.

Eine Feier der Bürgerschaft.
Remscheid, 28. Okt. Wie aus Remscheid gemeldet wird, fand am Sonntag anlässlich des Abzuges der Besatzung eine Feier statt, an der die gesamte Remscheider Bürgerschaft teilnahm. Der Festzug, der über 8000 Teilnehmer mit 150 Fahnen zählte, bewegte sich durch das Innere der Stadt zum Kaiserplatz. Hier hielt Oberbürgermeister Hoffmann von der Treppe des Rathauses eine Ansprache.

Stab: e) D
Dauertmann.
re für die
brigen des
gefeht.)
ubstanzesht.
auf Reich.
ta. 5 Über:
berandacht:
t. 3 Uhr.
der 2-3 Uhr
t. 4 Uhr
nde 4 Uhr
No Neben
der Raucher
Bestimm-
as in ihr an
m wird, der
beispiellose
jedoch, daß
schiff albern
Interesse für
er, ein Mann
Eine Photo-
der heutigen
gentlich em-
Gerritsch.
d. 6. Aus.
300
Schacht
Sedel
sofort oder
abends unter
ibitliche
hen-Platte,
e. Heimes
und f. Riche,
aufschraubt,
aufschraubt
glaubt,
e. 6.
Schlaf
ellmittel.
de Groh u.
e. Gubehör,
Private. Be-
tial. 74 U. fr.
bahl (Zdr.)
ahn-
land-
M.
be-
Tod
mann
r in
nken
MOR